

DIW Berlin

Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung

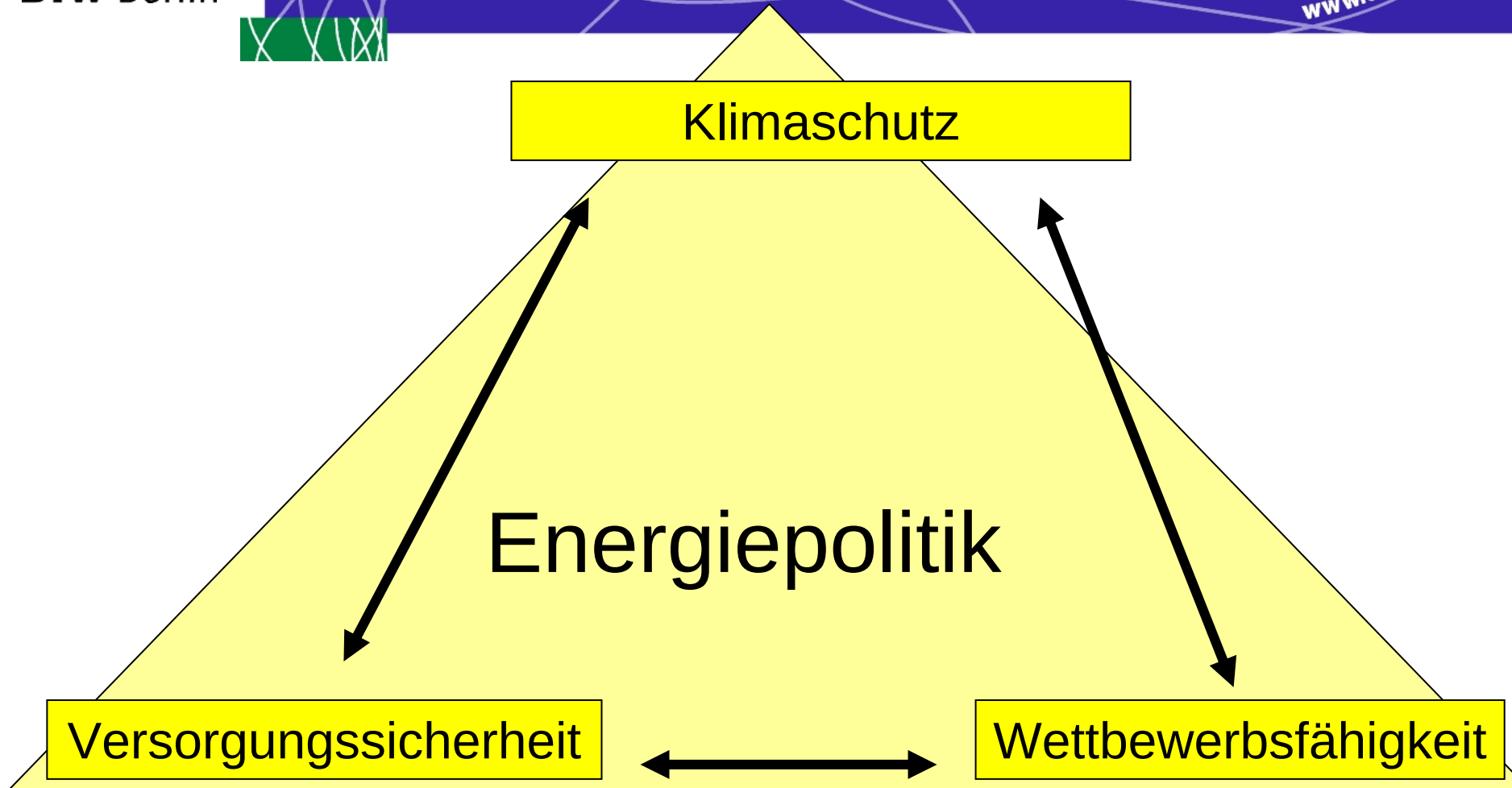
www.diw.de

Energiepolitik in einem komplexen und dynamischen Umfeld

Prof. Dr. Claudia Kemfert

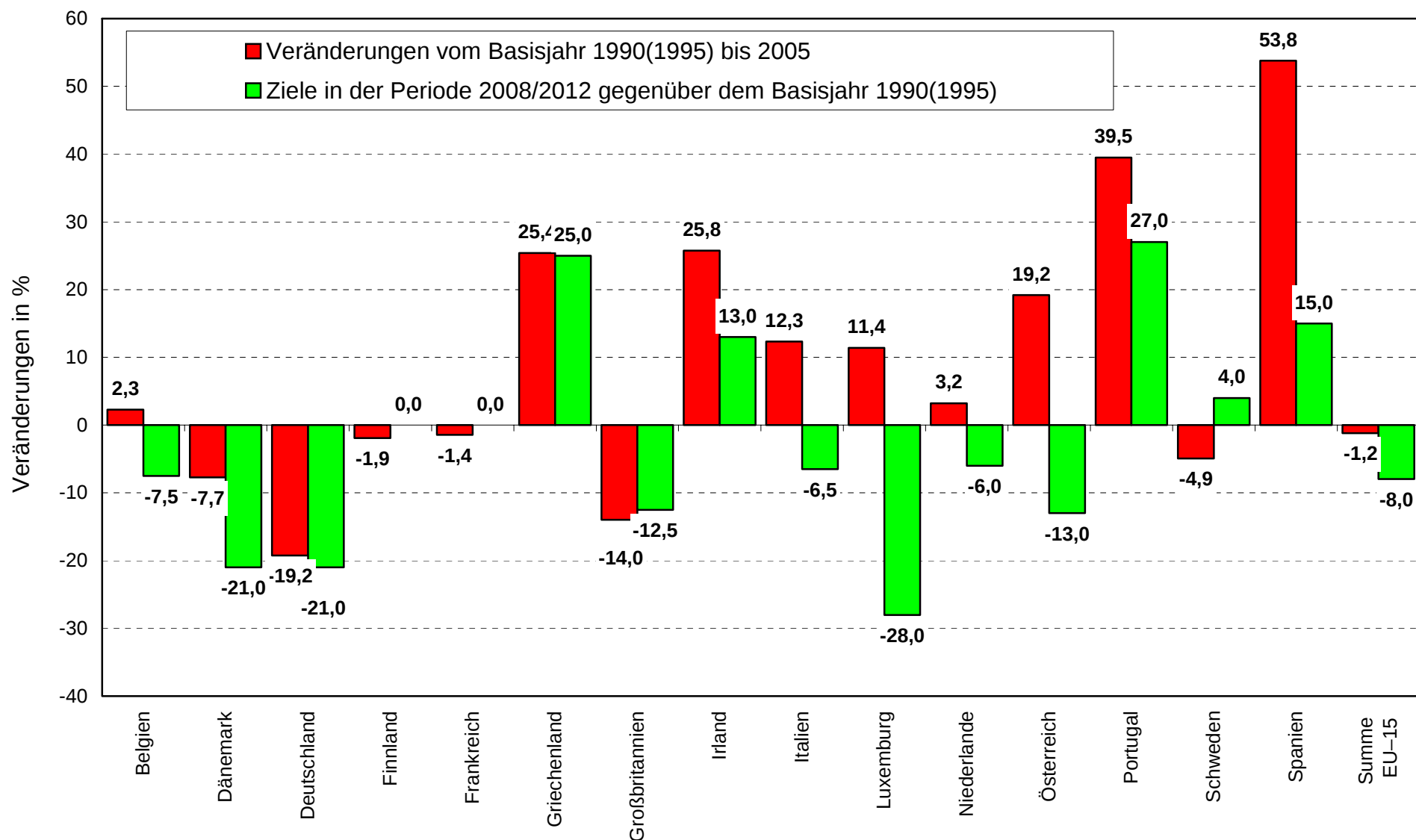
Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung und
Humboldt Universität Berlin

Berlin, Hayek- Kreis, 10.9.2007

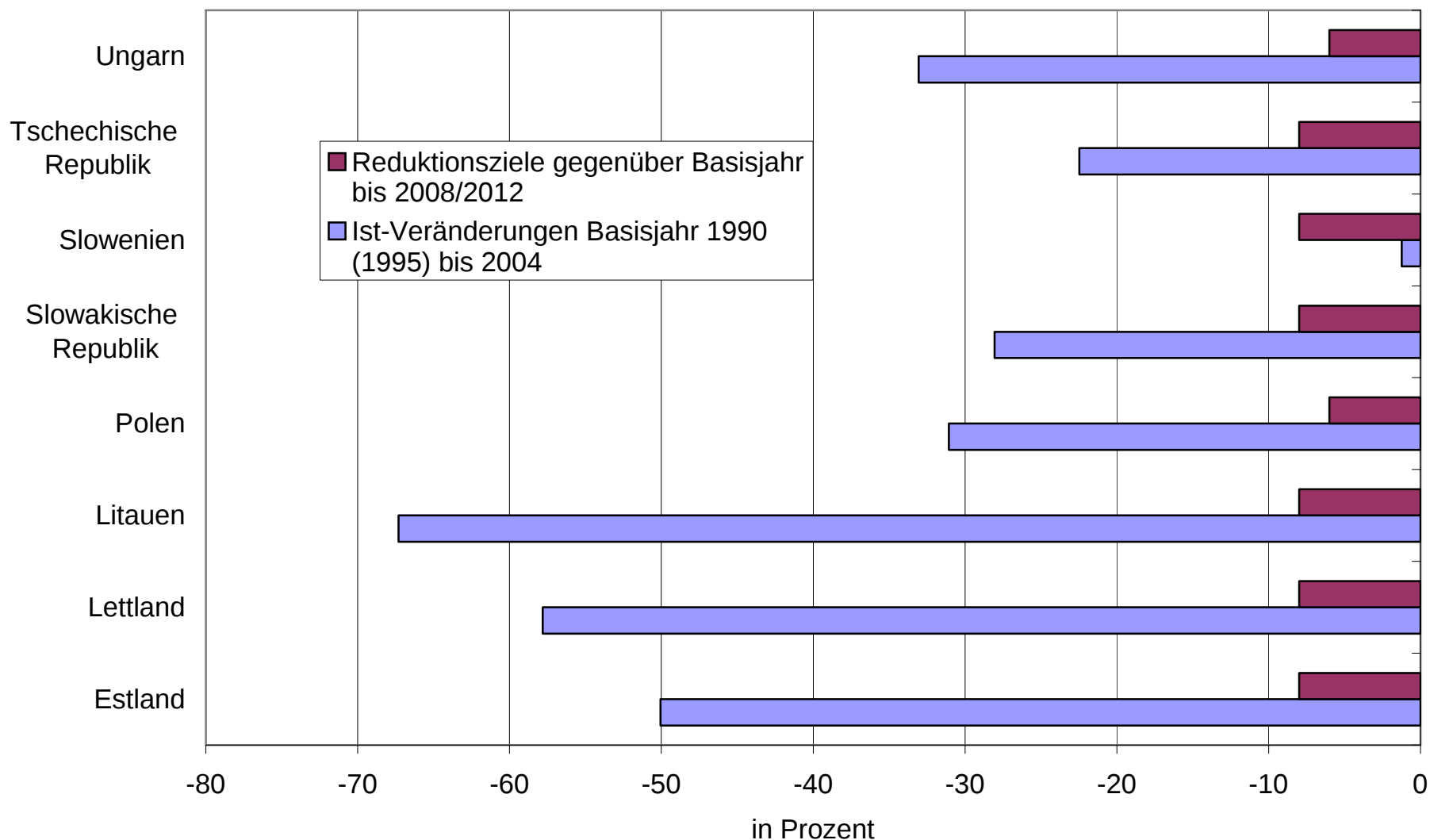


Klimaschutz

Treibhausgasminderung in Europa



Emissionsminderung EU Ost- Ziele und tatsächliche Veränderung



Ziele und Erfüllung zum Ausbau Erneuerbarer Energien einzelner EU Länder

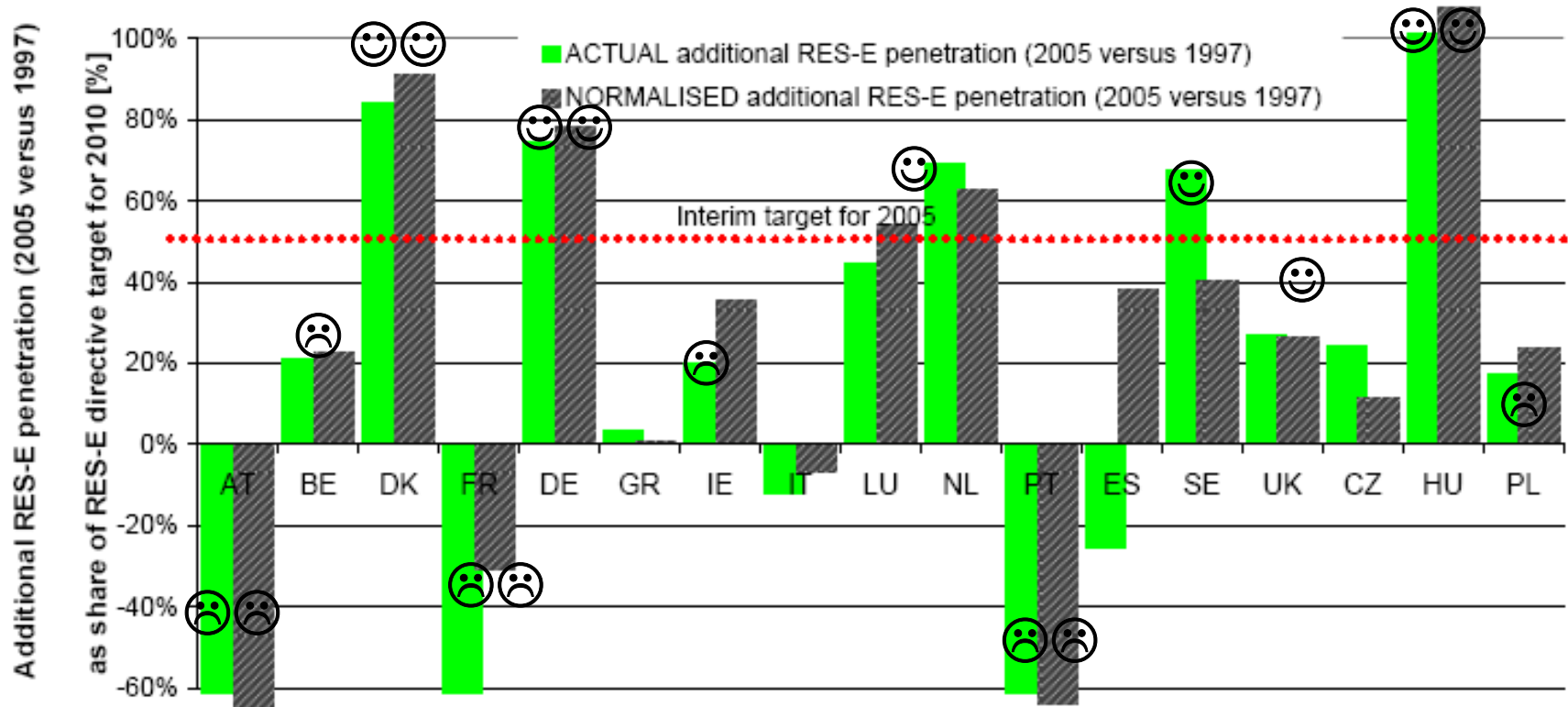
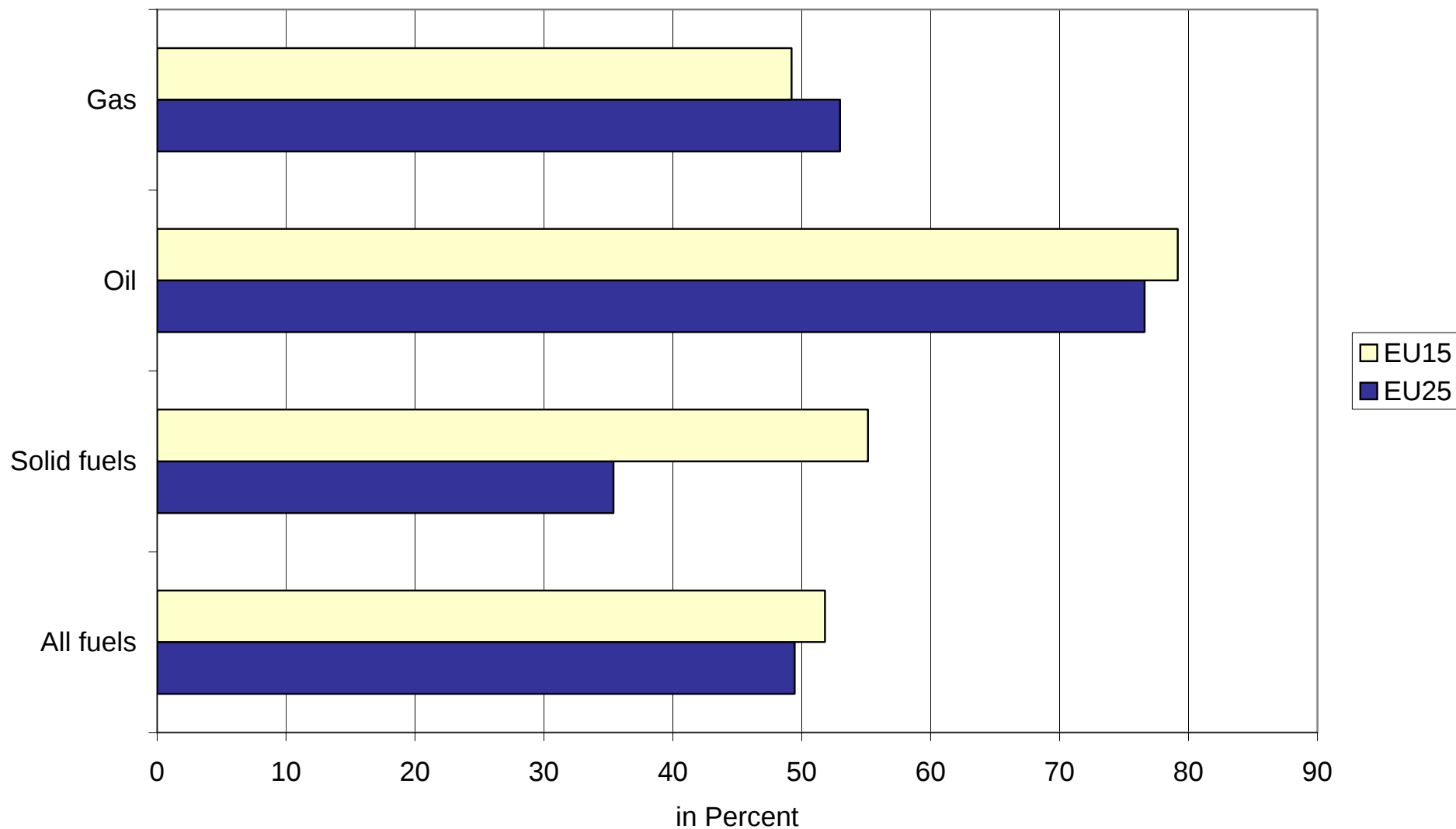


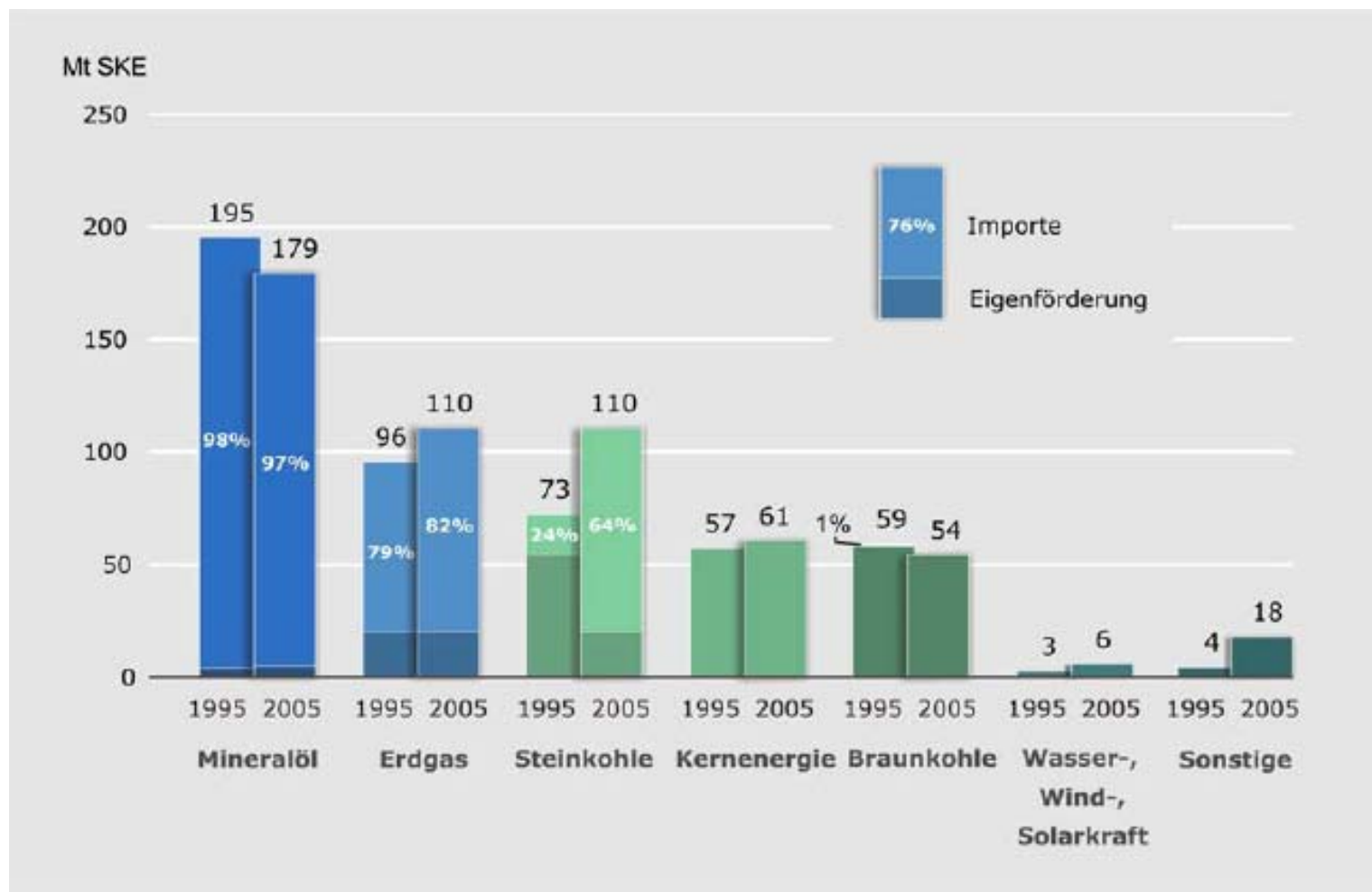
Abbildung 4: Von den Ländern, für die bereits Daten für das Jahr 2005 vorliegen, erreichte Marktdurchdringung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen (RES-E), gemessen am Richtziel. Tatsächliche und genormte zusätzliche RES-E-Marktdurchdringung (2005 im Vergleich mit 1997).

Versorgungssicherheit

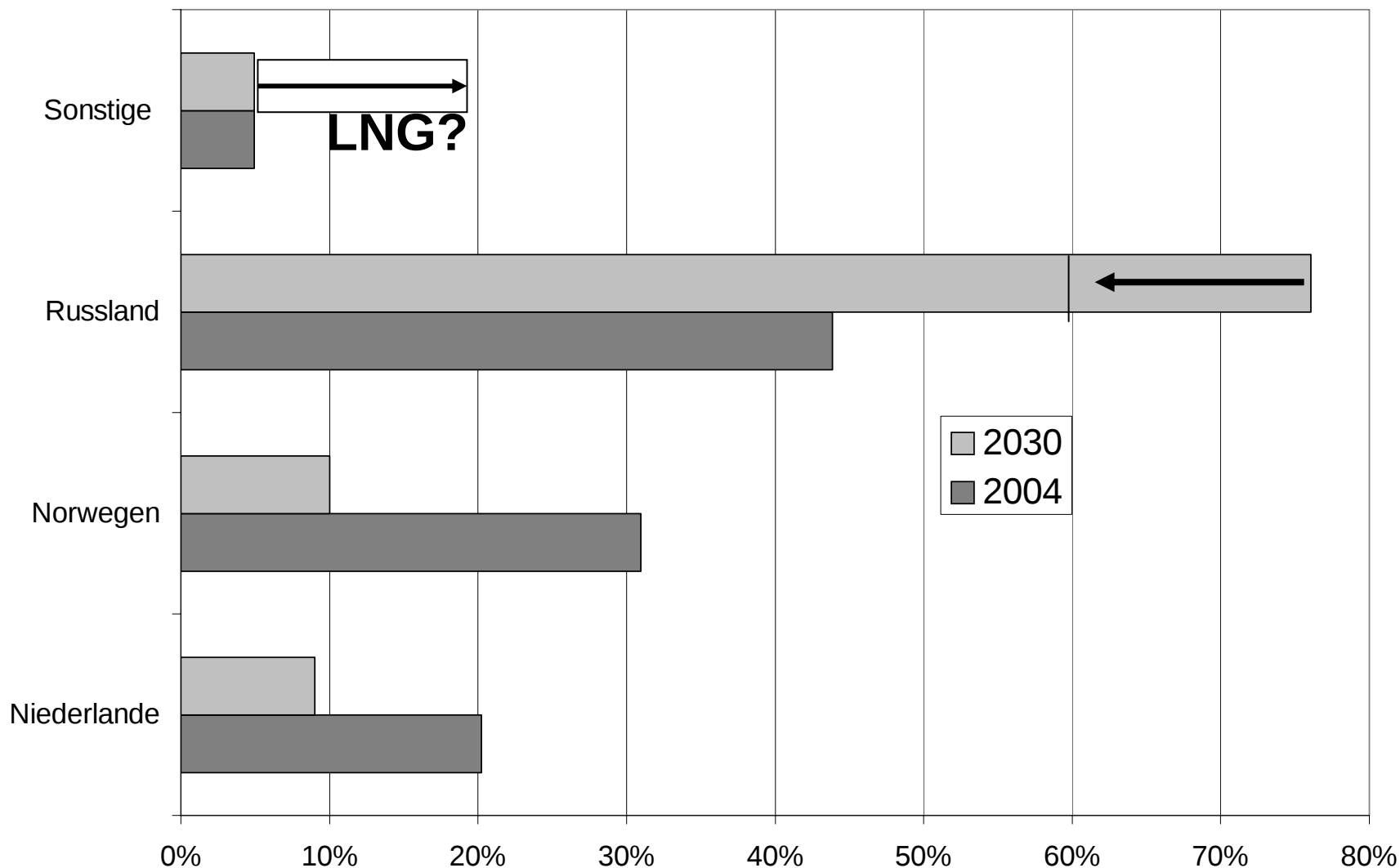
EU Import Dependency- EU 25 and EU 15



Importabhängigkeit und Selbstversorgungsgrad Deutschlands 1995 und 2005

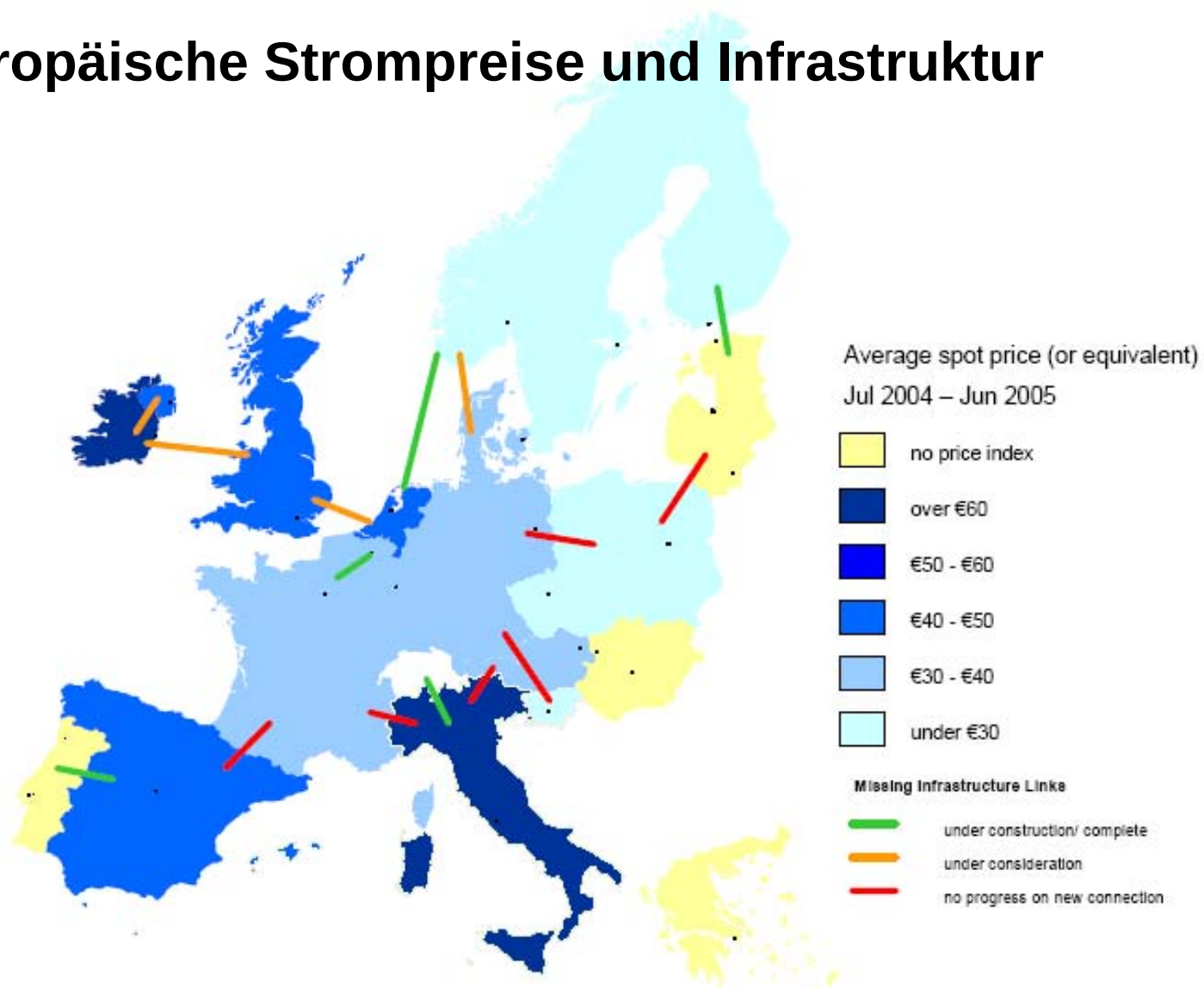


Gasimporte Deutschland nach Herkunftsländern im Jahre 2004 und 2030 in Prozent



Wettbewerbsfähigkeit

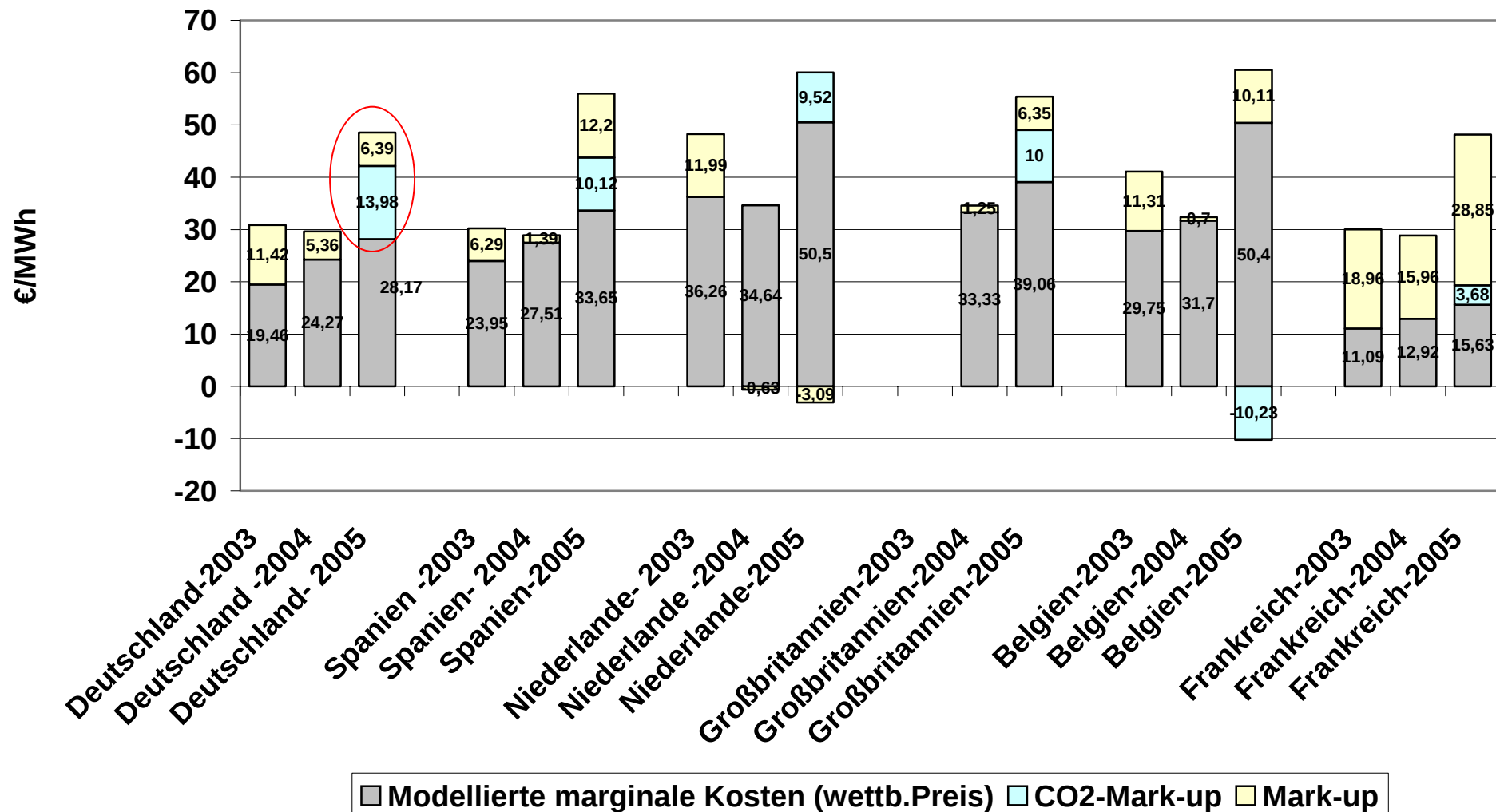
Europäische Strompreise und Infrastruktur



EU Benchmark Report 2006

- Ungenügende Integration
- Große Preisunterschiede in den einzelnen EU Ländern, wenig grenzüberschreitender Handel
- Existenz von Marktbarrieren; ungenügende Nutzung der Infrastruktur und Ausbau von grenzüberschreitenden Netzen
- Hohe Marktkonzentration
- Gasmarkt: ungenügende Liquidität von Gas und Transport

Analysierte Zusammensetzung der Strompreise



Handlungen für mehr Wettbewerb

- Harmonisierung der EU Politik: Liberalisierung Emissionshandel, Förderung EE
- Stärkung des grenzüberschreitenden Handels
- Keine Marktabstottung (Spanien, Frankreich); Öffnung aller Märkte
- Reduzierung von Marktbarrieren: mehr Anreize zur Marktöffnung
- Unbundling Netze und Produktion
- Regulierungsbehörde: Kontrolle der Transmission Fees und Transparenz von Marktpreisen

EU und Deutsche Energie- und Klimaschutzpolitik

EU Kommission Januar 2007

- **Emissionsminderungsziel: -20 % bis 2020 (im Vergleich u 1990)**
- **Ausbau erneuerbarer Energien: 20 % bis 2020 (Transport, Strom, Wärme)**
- **Mehr Wettbewerb: Unbundling: Strom/Gas**
- **Versorgungssicherheit: Stärkung heimischer Energieträger, Diversifikation von Anbietern**
- **Einheitliche Energiepolitik („gemeinsame Stimme“)**
- **Atomenergie (Sicherheit)**
- **Energieeffizienzverbesserung**
- **Mehr Forschung CO2 freier Energietechniken**

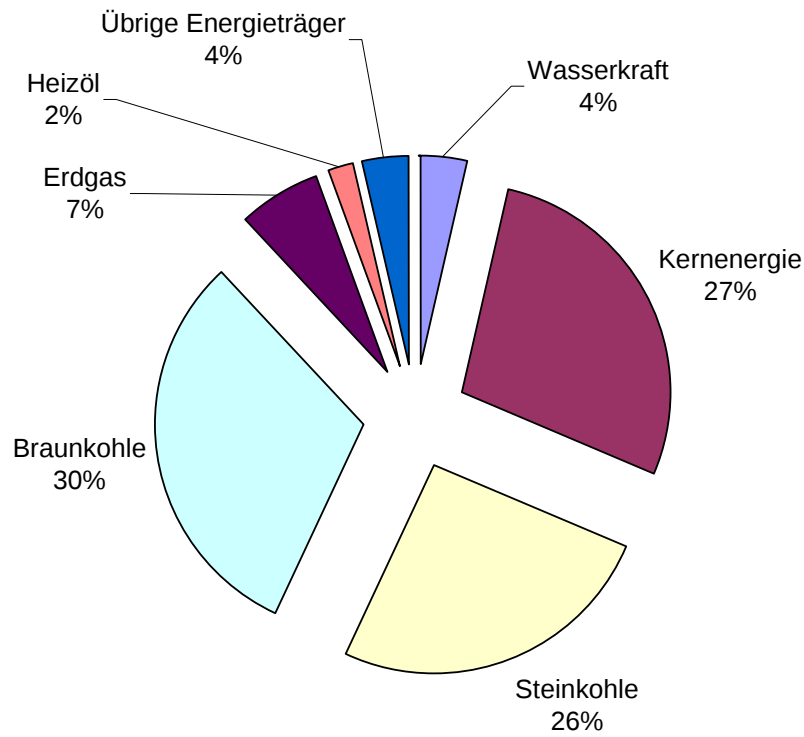
Deutschland: Energie und Klimaschutzprogramm

- KWK, Erneuerbare Energien, Förderung CO₂ armer Technologien
- Intelligente Strommessverfahren
- Energie- Management Verfahren
- Energieeffizienz in Gebäuden/ Kraftwerke/ Produkte
- Biogas anstelle Gas
- Energie-Sparprogramme
- CO₂ Gebäude- Sanierungsprogramm
- EEG Wärme
- CO₂ bezogene KFZ Steuer
- Verbrauchskennzeichnung Produkte /KFZ
- Emissionshandel Flugverkehr

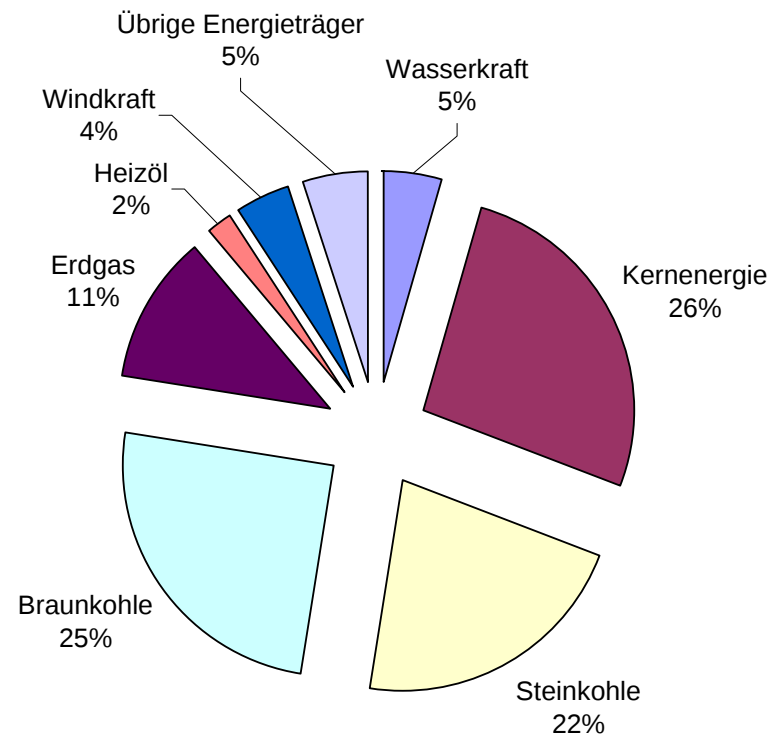
Auswirkungen auf Deutschland

Struktur der Stromerzeugung in Deutschland

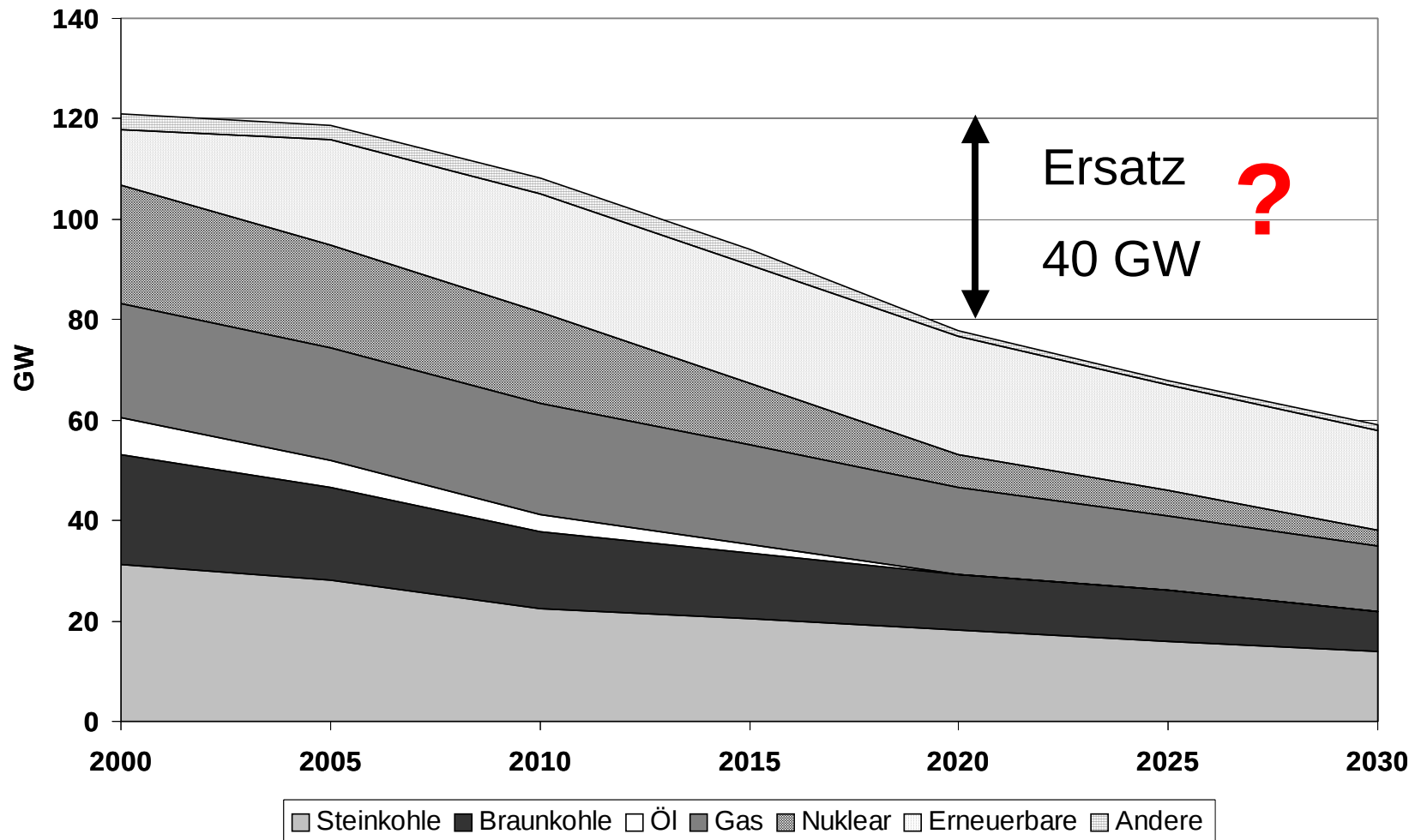
1990



2005

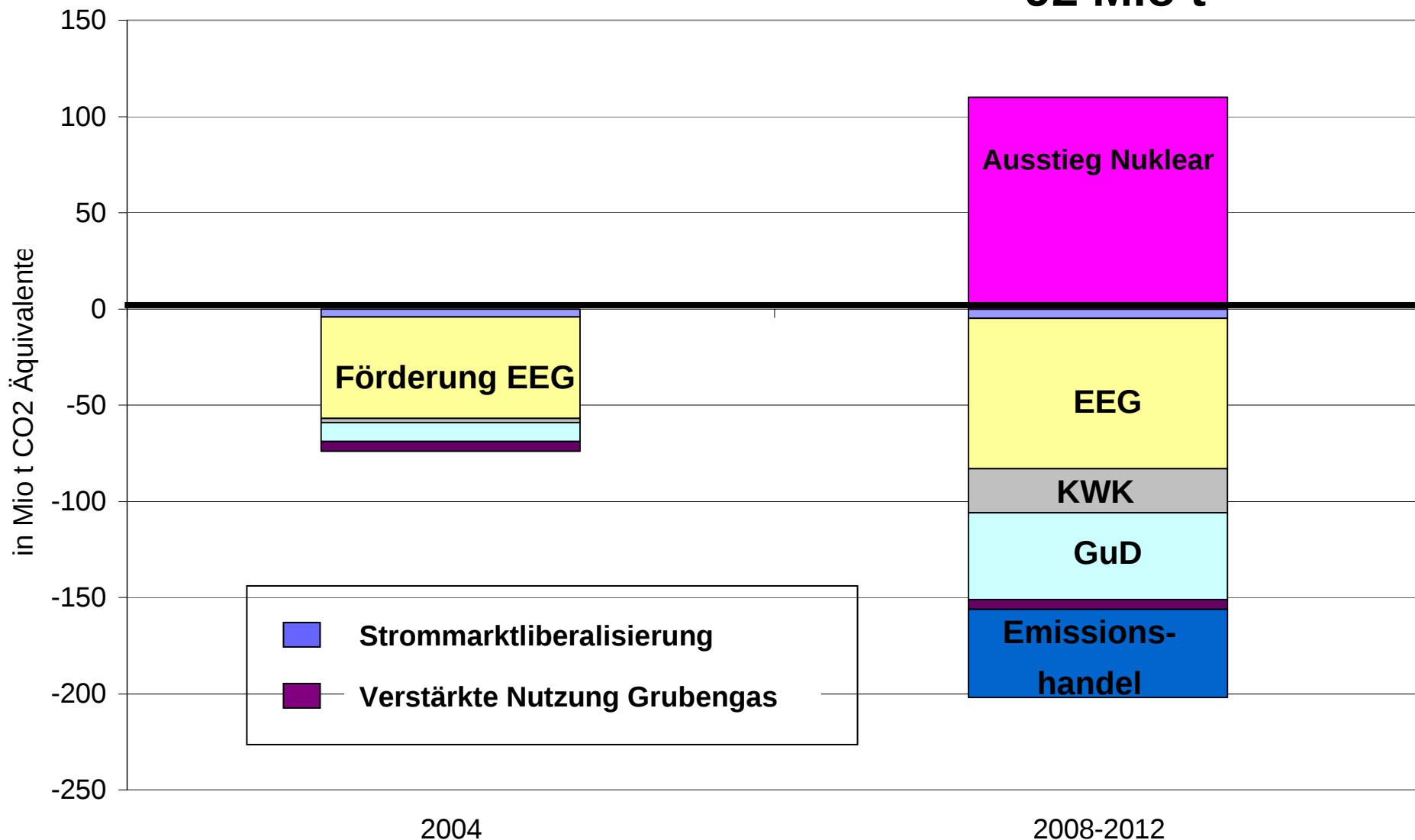


Ersatzinvestitionen in Deutschland

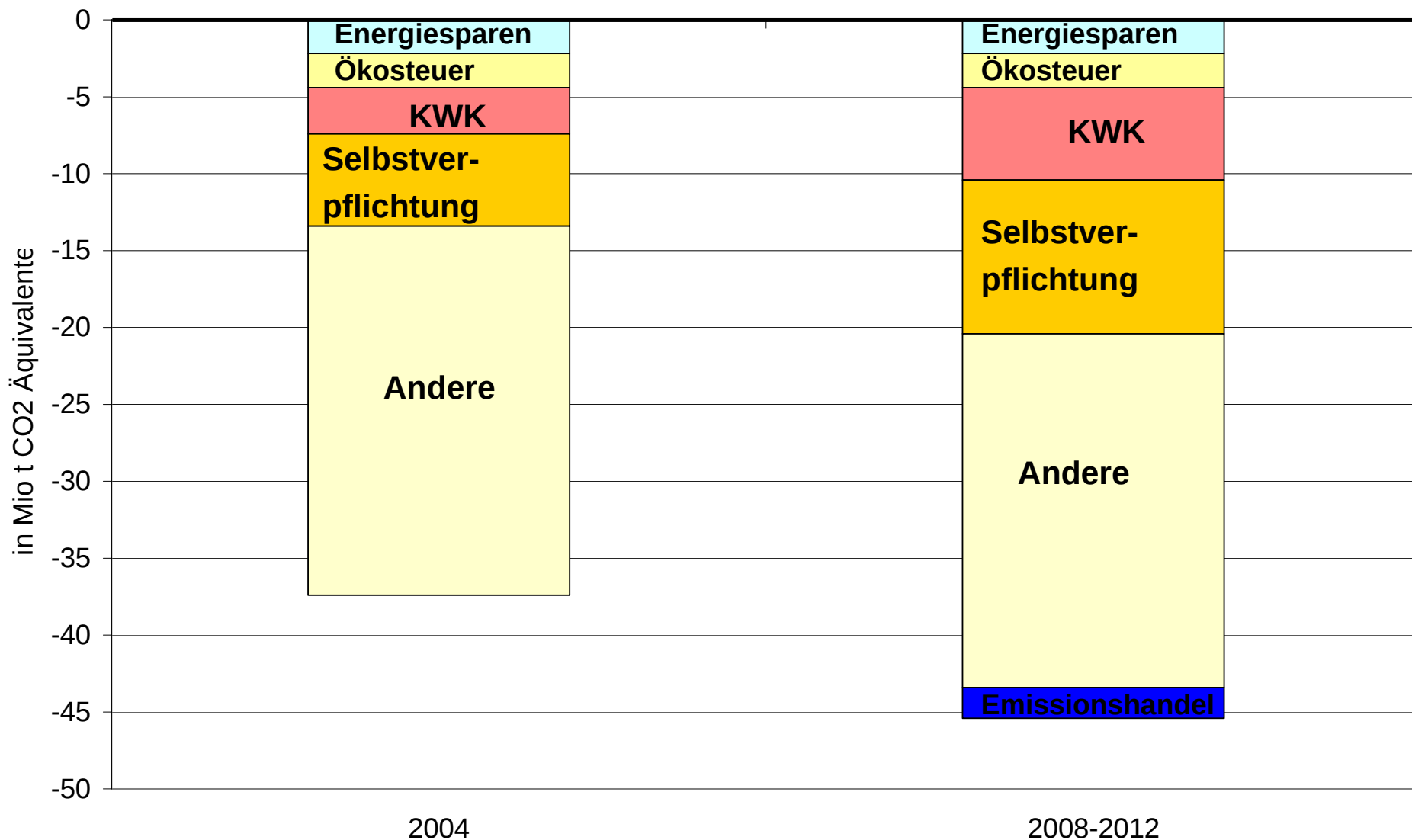


Emissionsminderung Energiewirtschaft (zu 1990)

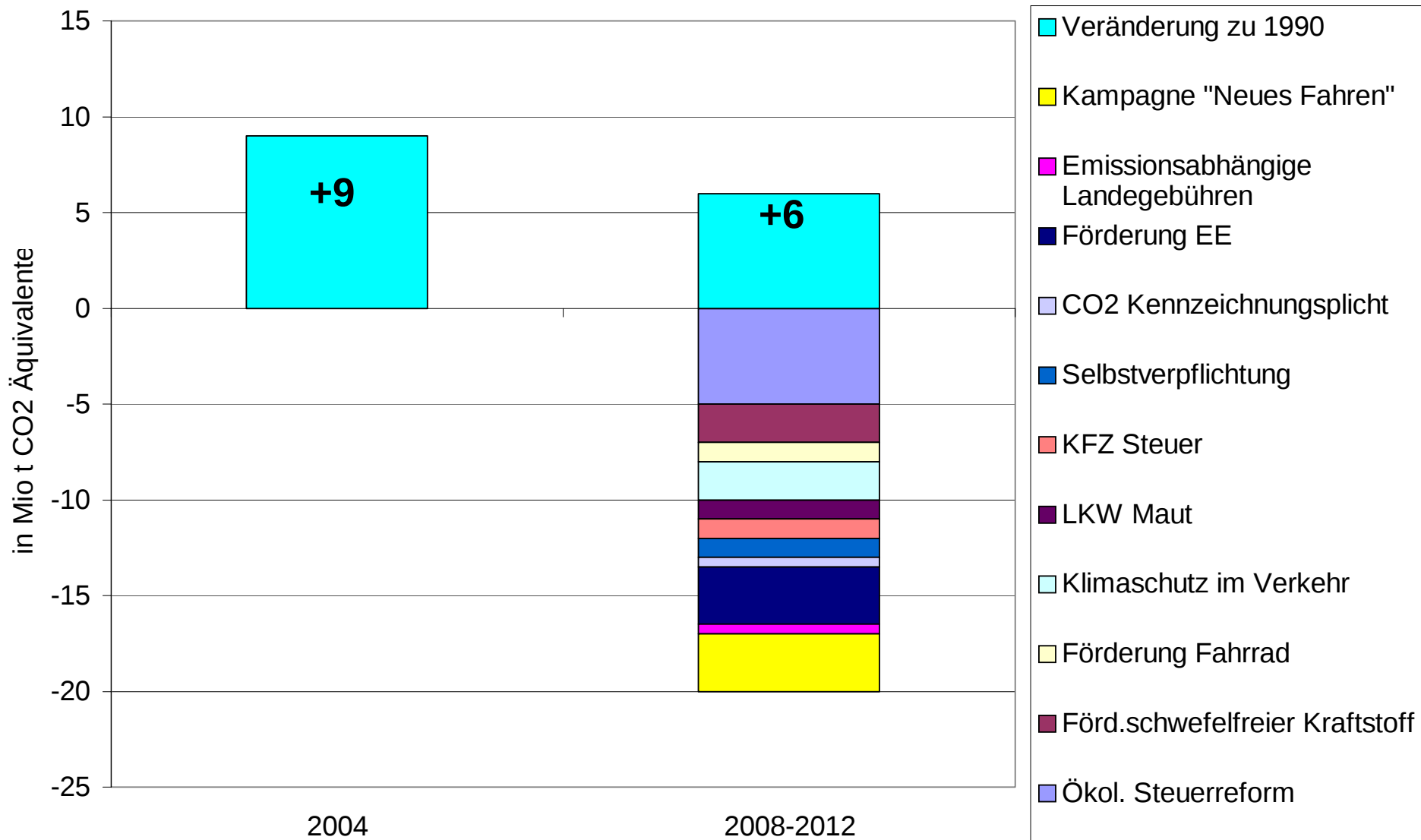
- 74 Mio t - 92 Mio t



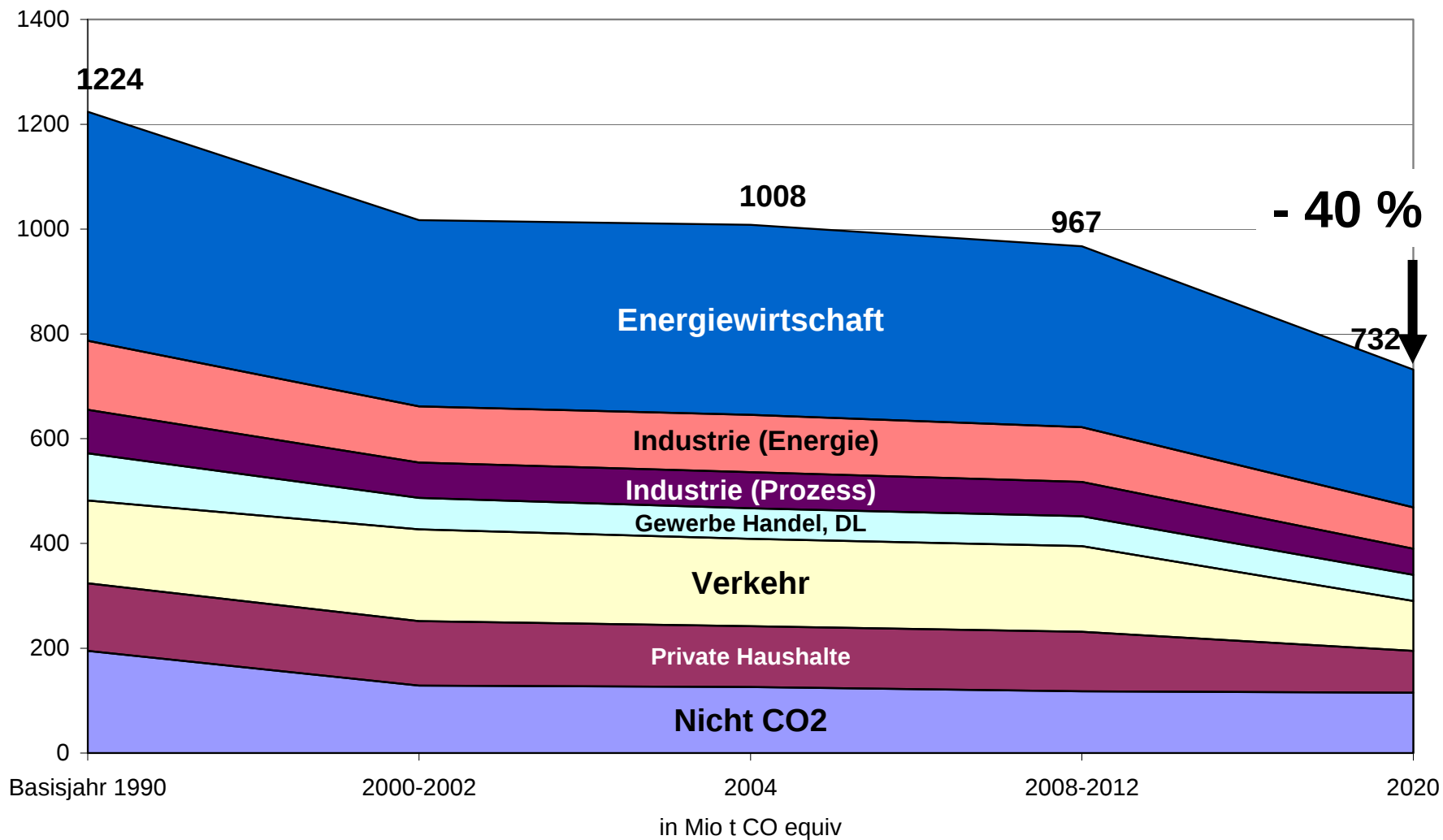
Emissionsminderung Industrie (zu 1990)



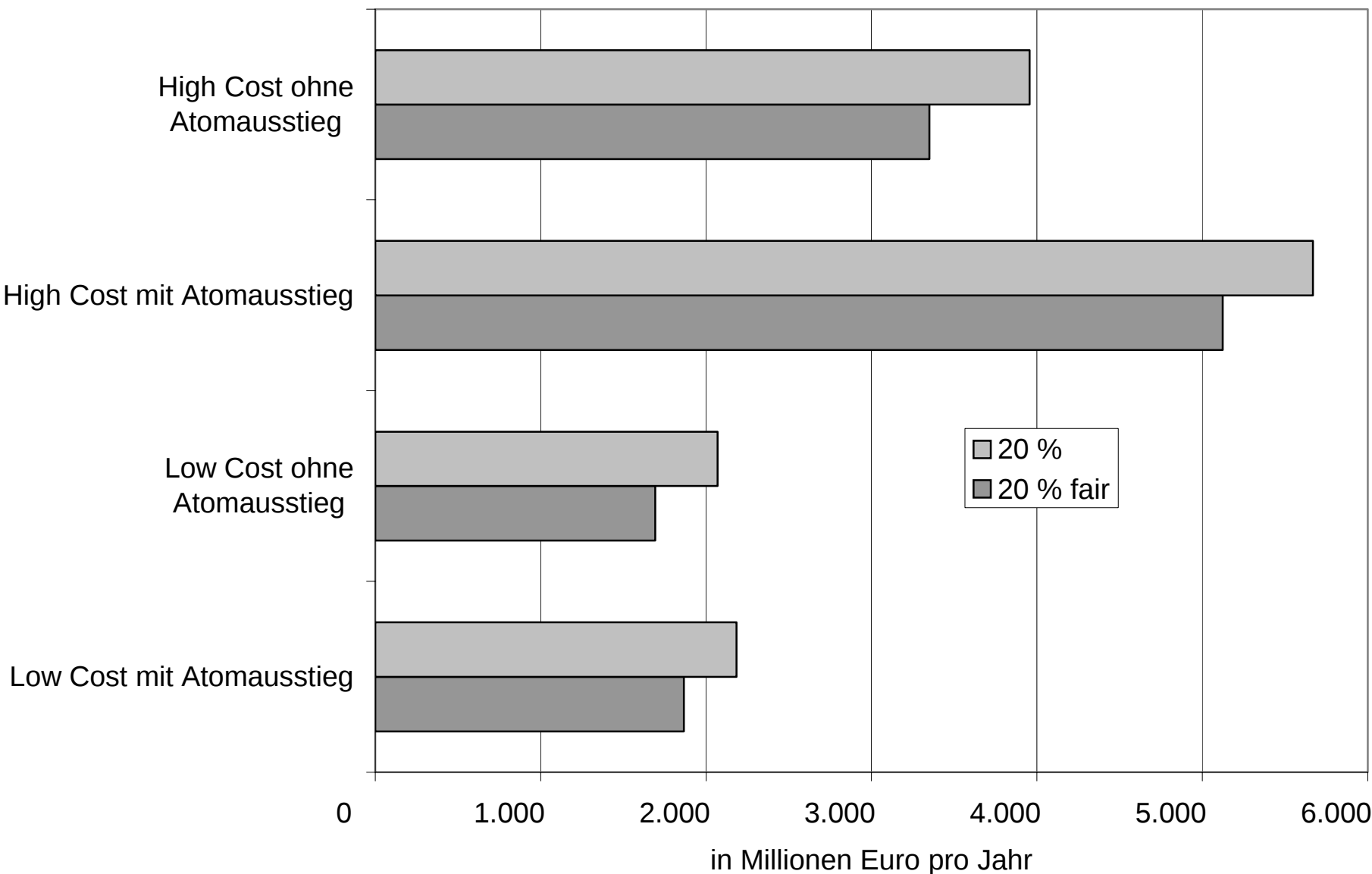
Emissionsminderung Verkehr (zu 1990)



Treibhausgasminderung -40 % bis 2020



Kosten Emissionsminderung in Deutschland in Millionen Euro pro Jahr



Deutschland braucht ein Energieministerium!

Süddeutsche Zeitung

WIRTSCHAFT

Dienstag, 4. Juli 2006

Forum

München Seite 18

Das Thema Energie ist in aller Munde: ob hohe Ölpreise, hohe Heizkosten, Gassticht Russland-Ukraine, Energieumwandlungsfunktionen oder Förderung erneuerbarer Energien. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht über das Thema Energie in den Medien, der Wissenschaft oder in der Politik beraten und gestritten wird. Und wie kein anderes kontroverses Thema in der Politik tangiert das Energiethema viele unterschiedliche Bereiche und Ministerien. So ist das Wirtschaftsministerium gefragt, da sowohl die Wirtschaftlichkeit der Energieversorgung als auch die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Energieversorger eine

FORUM

wichtige Rolle spielen. Das Umweltministerium hat ein Mitspracherecht, da Umweltverträglichkeit und Klimaschutz betroffen sind. Das Finanzministerium mischt mit, da an der einen oder anderen Stelle durch staatliche Finanzinstrumente – wie beispielsweise Ökostrom- oder Subventionierung der deutschen Kohle – die Energieversorgungsstruktur geformt werden muss. Das Außenministerium ist betroffen, da Versorgungssicherheit nur durch kluge außenpolitische Diskussionen sichergestellt werden kann – und damit ist auch das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit beauftragt. Zudem wirkt auch das Verteidigungsministerium beim Thema Energie mit; der Kampf

Deutschland braucht ein Energieministerium

Die Ressourcen-Politik der Regierung verzettelt sich, und erste Schritte einer langfristigen energiepolitischen Strategie werden im Keim erstickt, weil zu viele Ministerien daran mitwirken / Von Claudia Kemfert

um knapper werdende Energieressourcen bedeutet, dass deutsche Soldaten eine ausreichende Energieversorgung sicherstellen müssen. Alternative Energien und vor allem alternative Kraftstoffe

sind zunehmend auch für das Landwirtschaftsministerium wichtig, da Landwirte immer mehr zu Energieerzeugern werden. Außerdem ist das Verkehrsministerium von besonderer Bedeutung:

Im Zuge knapper werdender fossiler Energien spielen innovative Antriebsstoffe die Schlüsselrolle. Das damit verbundene Raumministerium muss dafür sorgen, dass Energien effizienter in Gebäuden

eingesetzt werden. Zu guter Letzt hat das Bildungsministerium die Aufgabe, die Forschung und Entwicklung innovativer Energien ausweichend zu fördern.

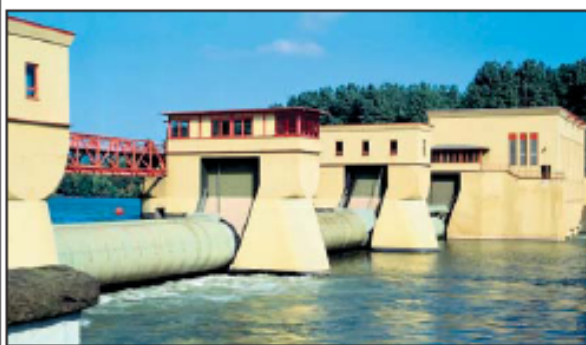
Damit sind insgesamt neun von 14 Bundesministerien mit dem Thema Energie beschäftigt – mit teilweise sehr unterschiedlichen Interessen. Da kann es kaum verwundern, dass Deutschland keine einheitliche Energiepolitik aufweist. Da die Energiepolitik jedoch elementar ist und sehr lange Zeiträume umspannt, müsste eine „Energiepolitik aus einem Guss“ langfristig ausgerichtet sein und zumindest einen roten Faden in der grundsätzlichen Ausgestaltung aufweisen.

Die Interessen des Konzerns

Davon kann bisher keine Rede sein, wenn man Bundesministerien mit verschiedensten Interessen involviert sind. Daher könnte man doch einmal fragen: Warum hat Deutschland eigentlich kein Energieministerium wie viele andere Länder auf der Welt? Wenn sich die G-8-Energieminister treffen, wie im März 2006, vertritt Deutschland der Staatssekretär des Bundesministeriums

für Wirtschaft und Technologie. Dieser repräsentiert jedoch in erster Linie die Wirtschaftsinteressen der großen Energiekonzerne unseres Landes.

Eine einheitliche Energiepolitik wäre notwendig, um auch Planungssicherheit für Energiekonzerne zu geben und die grundlegende Strategie einer sicheren, umweltverträglichen und wirtschaftlichen Energieversorgung in Deutschland zu gewährleisten. Hilfreich haben die Einzelinteressen eine solche Strategie gar nicht sein können lassen. Damit ist die bisherige Politik dadurch gekennzeichnet, dass sie sich verzettelt und erste wichtige Schritte hin zu einer langfristigen energiepolitischen Strategie im Keim erstickt werden. Mit einem Energieministerium würde auch die Flickschusterei ein Ende haben, die mit so genannten „Energiegipfeln“ erzielt wird. Die stärksten Lobbyisten bestimmen die politischen Entscheidungen von morgen. Aber der Einfluss der Lobbyisten erklärt vermutlich auch, warum Deutschland kein Energieministerium hat. Denn es ist aus Lobbyistenrecht immer einfacher, die Politik an kleinen Nebenschlaglöchern abzuhaken, als mit der großen Gänse zu betrachten und damit auch die dringend notwendigen Reformen einzuleiten. Ein Energieministerium in Deutschland wäre notwendig, um die Einzelinteressen einzelner Ressorts zu bündeln und eine geschlossene politische Strategie der kommenden 20 bis 30 Jahre sicherzustellen. Somit würde auch der Bedauernswert des Themas Energie Gestalt annehmen.



Professurin Claudia Kemfert ist Energieexpertin des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin. Links ein Wasserkraftwerk in Hengstey. Foto: ddp, DIW

**Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!**

ckemfert@diw.de